Bundeskanzlerin Merkel, Wehrdienstleistende beim öffentlichen Gelöbnis in Berlin: *Viel geflunkert, viel geschönt*

BUNDESWEHR

Merkels Märchen

Die Regierungschefin und ihr Verteidigungsminister klammern sich mit aller Macht an die Wehrpflicht. Doch das deutsche Modell ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Nach der Bundestagswahl kommt es endlich auf den Prüfstand.

Bekennen sollen sich an diesem Tag eigentlich andere. Gut 400 Bundeswehrrekruten sind auf dem Platz vor dem Reichstag aufmarschiert und stehen nun Schulter an Schulter im Glanz der sinkenden Sonne. Sie sind gekommen, um zu geloben, der Republik „treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Doch bevor sie Gelegenheit dazu haben, will erst mal jemand anders ein Gelöbnis abgeben: „Ich bekenne mich zur Wehrpflicht“, sagt Angela Merkel vor den steifen Soldaten ins Mikrofon. Neben ihr entfaltet der Wind die deutsche Flagge zu voller Pracht.

„Die Wehrpflicht ist zum Markenzeichen unserer Streitkräfte geworden, um das wir auch international beneidet werden“, fährt die Bundeskanzlerin fort.

In den Reden bei großen Feierstunden wird bekanntlich viel geflunkert, geschönt oder unterschlagen. Doch was Angela Merkel am Montag voriger Woche den Soldaten zurief, glich einer Lesung aus dem Märchenbuch. Ihr Satz, dass Deutschland „international“ um die Wehrpflicht „beneidet“ werde, ist mutig. Mit der Realität hat er nichts zu tun.

In Wahrheit ist die Wehrpflicht gerade im internationalen Vergleich ein Auslaufmodell. Fast alle Nato-Partner setzen aus gutem Grund längst auf Berufsarmeen.

Dass die Wehrpflicht den heutigen Anforderungen an die Bundeswehr nicht mehr gerecht wird, zeigt sich dieser Tage vor allem in Afghanistan, wo deutsche Truppen an der Seite der afghanischen Armee Kämpfer der Taliban jagen (siehe Seite 22). Der Grundwehrdienst ist als Vorbereitung auf solche Einsätze in etwa so geeignet wie ein Besuch im Zoo.

Auch in Deutschland selbst muss man entschiedene Anhänger des Zwangsdienstes inzwischen mit dem Feldstecher suchen. Fündig wird man vor allem bei den Spitzen von CDU und CSU. Während sich alle anderen Parteien vom Konzept der Wehrpflicht verabschiedet haben, halten Kanzlerin Merkel und Verteidigungsminister Franz Josef Jung unbeirrt daran fest.

Trotzdem könnte nach der Bundestagswahl am 27. September der endgültige Abschied von der Wehrpflicht eingeläutet werden. Käme es etwa zu einer Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen, wäre man sich schnell über Abschaffung oder Aussetzung einig. Doch selbst unter einer schwarz-gelben Regierung geriete das Modell stark unter Druck.

Pünktlich zum Wahlkampf verlangt FDP-Chef Guido Westerwelle, die Wehrpflicht auszusetzen. „Junge Männer zum Wehrdienst zu zwingen ist nur dann gerechtfertigt, wenn es die äußere Sicherheit

WOLFGANG KUMM / DPA (L.); MICHAEL KAPPELER / DDP (R.)

gebietet und sie gerecht organisiert werden kann“, sagt Westerwelle. „Beides ist nicht der Fall“ (siehe Seite 24). Diese Position will Westerwelle auch in Koalitionsgesprächen mit der Union mit allem Nachdruck vertreten.

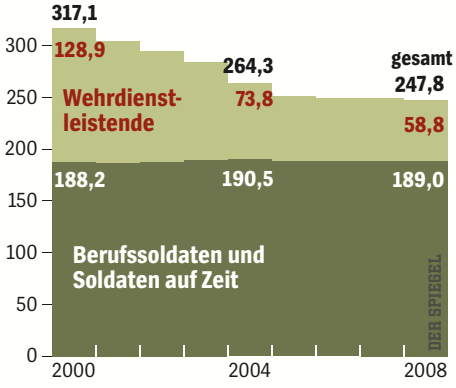
„Die Wehrpflicht ist weder juristisch noch militärisch zu halten“, sagt auch der liberale Außenexperte Werner Hoyer. Wegen der großen Belastung durch die Auslandseinsätze mache es keinen Sinn, „dass wir wie im Hamsterrad Rekruten ausbilden, die uns dann im Einsatz gar nicht zur Verfügung stehen“.

In der Union ahnt man immerhin, dass es schwer werden könnte, die Wehrpflicht ins nächste Jahrzehnt zu retten. „Wir haben keinen potentiellen Koalitionspartner, der noch uneingeschränkt zur allgemeinen Wehrpflicht steht“, hat Bernd Siebert, der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, korrekt erkannt. Vorsorglich setzte Siebert, ein Hesse wie Jung, schon mal eine Untergruppe ein. Sie soll hinter verschlossenen Türen Spielräume für einen Koalitionsvertrag erkunden.

Die Parteispitze aber bleibt bei der alten Linie. Während einer Pressekonferenz des Verteidigungsministers wollte ein Journalist vorigen Mittwoch erkunden, wie groß der „internationale Neidfaktor“ auf die deutsche Wehrpflicht denn nun genau sei. Ob er sagen könne, wie viele Nato-Staaten die Wehrpflicht seit dem Ende des Kalten Krieges abgeschafft hätten?

Truppenstärke

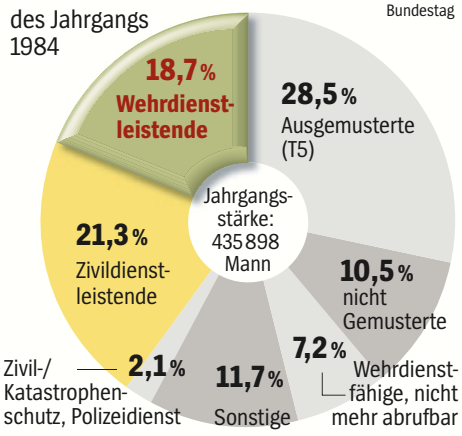
der Bundeswehr in tausend



Wehrpflichtige

des Jahrgangs 1984

Quelle: Deutscher Bundestag



Jung blinzelte irritiert ins Publikum, er wirkte mal wieder unbeholfen. Schließlich flüchtete er sich in die Aussage, er habe die Zahlen gerade nicht „parat“.

Hätte er sie parat gehabt, wäre es nicht weniger peinlich für ihn geworden. Denn die Fakten sind eindeutig. Nur noch 5 der 28 Nato-Mitgliedstaaten halten an dem militärischen Zwangsdienst fest: Deutschland, die Türkei, Griechenland, Norwegen und, Achtung, Estland.

Länder wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten setzen traditionell auf die Berufsarmee, Wehrzwang gibt es dort nur im Krieg. Island hat kein Militär. Alle anderen haben nach dem Ende des Kalten Krieges beschlossen, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen, auszusetzen oder vorläufig nicht anzuwenden. Von Neid ist jedenfalls wenig zu spüren.

Die Bürger in Deutschland sehen die Wehrpflicht schon lange skeptisch, besonders die Jüngeren. Die Mehrheit bevorzugt eine Freiwilligenarmee.

Auch jene, um die es geht, die Rekruten selbst, sind immer unglücklicher über das, was ihnen in den neun Monaten in Uniform zugemutet wird. Der heutige Student Stephan Nachtigall etwa hat in seiner Zeit beim Bund gelernt, die „Zentralen Dienstvorschriften“ so zu rezitieren, als handle es sich um Goethes „Faust“. „Wenn man nichts zu tun hat, dann sucht man sich so seine Beschäftigung“, sagt Nachtigall.

In der Panzertruppenschule Munster erstreckte sich sein Aufgabenfeld vom Kochen des Kaffees bis zum Abwaschen der Kaffeetassen. Als zum Volkstrauertag einige Ehemalige die Kaserne besuchten, durfte Nachtigall sogar Servietten falten.

In der Regel, sagt er, sei er schon morgens um zehn mit seinen Aufgaben durch gewesen. „Trotzdem bin ich am Abend immer völlig müde ins Bett gefallen.“ Er habe vor seiner Zeit beim Bund nicht geahnt, wie fertig das Nichtstun mache. „Der Wehrdienst“, sagt Nachtigall, der ein Buch über das Thema geschrieben hat, „ist in erster Linie ein Gammeldienst.“

Für heikle Auslandseinsätze, wie sie die Bundeswehr immer häufiger bewältigen muss, taugen Gammler nicht. Am Hindukusch werden keine Servietten gefaltet.

Aus gutem Grund bleiben die gewöhnlichen Grundwehrdienstleistenden zu Hause, wenn die Truppe ins Ausland zieht. Im Einsatz wird ein spezieller Soldatentyp verlangt. Die Kommandeure brauchen gutausgebildete und erfahrene Profis, die als THW-Aufbauhelfer, Samariter, Polizist und Diplomat wirken, notfalls aber auch entschlossen kämpfen können.

Auch politisch spricht viel für den Abschied vom Wehrdienst. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Deutschland von Freunden umzingelt. Die Wehrpflicht, mahnte Bundespräsident Roman Herzog schon 1995, sei ein „tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit“. Sie müsse deshalb „sicherheits-

Murads Rache

Beim Einsatz in Afghanistan plant die Bundeswehr weitere Offensiven gegen die Taliban.

Es war Ende April, als der afghanische General Murad Ali Murad Rache schwor. Gerade war der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier aus Afghanistan abgeflogen, und sein Besuch war desaströs verlaufen. Während der Stippvisite lockten Taliban die Bundeswehr bei Kunduz in einen Hinterhalt, der Hauptgefreite Sergej Motz fiel im Gefecht. Kurz zuvor hatte ein Selbstmordattentäter fünf weitere Deutsche verletzt.

Für Murad, Kommandeur des 209. Korps der afghanischen Armee, war es ein Fiasko. Einige Tage vor Steinmeiers Visite war der schlohweiße General mit mehr als 1000 Mann nach Chahar Darreh ausgerückt, um Aufständische zu jagen, an die 200 deutsche Soldaten leisteten ihm Schützenhilfe. Knapp eine Woche dauerte die Aktion, dann zogen sich die Soldaten zurück.

Das war ein Fehler. Denn die Gegner fühlten sich umgehend zu neuen Angriffen ermuntert.

Im Juni dann besprach Murad mit dem deutschen Kommandeur der Nordregion die Operation „Oqab“, zu Deutsch „Adler“, eine Art Revanche für die verunglückte Operation im April. Am 18. Juli, einem Samstag, schlug er los – und bestimmt seither die deutsche Nachrichtenlage aus Afghanistan.

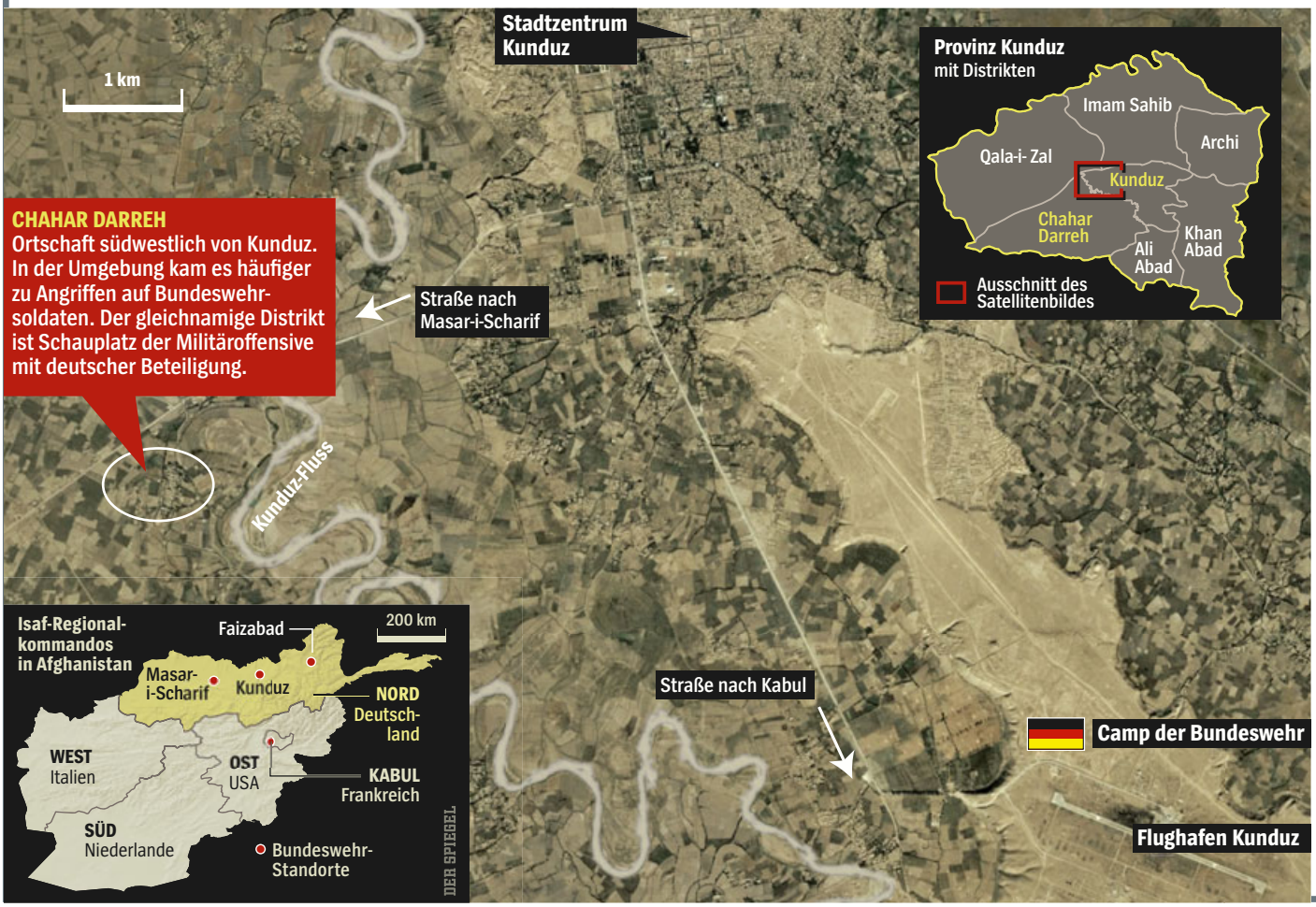
Die Operation „Adler“ könnte über Erfolg oder Scheitern der Bundeswehr am Hindukusch entscheiden. Sie entfachte erneut eine Debatte über das Für und Wider des umstrittenen Militäreinsatzes und bescherte Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) wieder die Frage, ob Deutschland in Afghanistan nun Krieg führt oder nicht. Es handle sich um einen „Stabilisierungseinsatz“, bei dem die Truppe in „konkreten Kampfsituationen“ ihren Mann stehe, behauptete Jung.

Für die Bundeswehr steht viel auf dem Spiel. Die Operation soll nicht nur die Präsidentenwahl am 20. August sichern. Sie ist auch ein Test, wie groß der deutsche Einfluss in Kunduz noch ist, das sich neben dem hartumkämpften Süden und Osten immer mehr zum Brandherd und Tummelplatz der Taliban entwickelt.

Die Mission „Adler“ ist für Afghanen und Deutsche die größte Offensive, die sie je gemeinsam gestartet haben. Mit rund 800 afghanischen Soldaten, etwa 120 afghanischen Polizisten und ungefähr 300 Deutschen marschierte General Murad in Chahar Darreh ein.

Zunächst rückten die Soldaten im Schutz der Dunkelheit in die Ortschaft Padsha Qalander vor und machten sich von dort aus nach Chahar Darreh auf. Dorf für Dorf, Haus für Haus durchsuchten sie das hügelige und von Flussläufen durchzogene Gelände. Dort vermutet die Bundeswehr bis zu 300 „mobilisierbare“ Taliban-Kämpfer, die bei der paschtunischen Bevölkerung Unterschlupf genießen.

Militärisch hatte Murad eine Art Zange geplant. Von Norden rückten zwei seiner jeweils etwa 200 Mann starken Einheiten



MICHAEL KAPPELER / DDP

Afghanische und deutsche Soldaten im Einsatz: *„Bewährtes Zusammenspiel“*

vor, von Süden sicherten zwei weitere gemeinsam mit der 1. Infanteriekompanie der Deutschen aus Kunduz den möglichen Fluchtweg ab. Doch die Taliban schienen vorbereitet. Gleich in den ersten Stunden starben vier von Murads Männern durch einen versteckten Sprengsatz, mehrere wurden bei einem heftigen Feuergefecht verletzt.

Bisher, das gibt auch der General zu, vermag die Operation die Taliban nur zu vertreiben. Anwohner aus der Region berichteten, die Kämpfer hätten auf Motorrädern die Flucht ergriffen, auf dem Rücken ihre Gewehre und Panzerfäuste.

Die Deutschen hielten sich in der zweiten Reihe, versorgten die Afghanen mit Aufklärungsmaterial. „Luna“-Drohnen flogen, Späher in „Fennek“-Fahrzeugen funkten Beobachtungen durch.

Mehr als Drohung als für den Kampf setzte die Schnelle Eingreiftruppe QRF ihren Schützenpanzer vom Typ „Marder“ ein. Das rund 40 Tonnen schwere Ungetüm feuerte jedoch nur ein einziges Mal – als Demonstration der Stärke.

Gleich zu Operationsbeginn, es war Sonntagmorgen, gerieten auch die Deutschen unter Feuer. Ein gepanzerter „Dingo“, in dem Ausbilder ihre afghanischen Schützlinge begleiteten, wurde von drei Panzerfäusten schwer beschädigt, nur durch Glück wurde niemand verletzt.

Für General Murad ist die Hilfe der Bundeswehr bei der Taliban-Jagd unerlässlich, besonders bei der Luftunterstützung. Mehrmals hätten die Deutschen von der Schutztruppe Isaf alliierte Kampfbomber angefordert, berichtet Murad, die im Tiefflug über das Gefechtsfeld gerast seien und die Taliban mit Salven aus der Bordkanone zur Flucht gezwungen hätten. Das Zusammenspiel, sagt der General, habe sich bei der Operation „Adler“ bewährt: „Wir kämpfen am Boden, die Deutschen helfen uns aus der Luft.“

Einmal kam sogar eine der berüchtigten US-Drohnen vom Typ „Predator“ zum Einsatz. Mit einer „Hellfire“-Rakete zerstörte sie am Sonntag eine Taliban-Stellung. Fünf Kämpfer sollen dabei getötet worden sein. Aus ihrem Lager in Kunduz schossen die Deutschen mit Mörsern auf eine Gruppe von 20 bewaffneten Kämpfern – die flohen verschreckt.

General Murad will mit seinen Truppen in den kommenden Wochen noch zwei weitere Unruheherde einnehmen – mit Hilfe der Deutschen. Konkret hat er die Region Aqtash im Osten der Provinz Kunduz und Khanabad weiter südlich im Visier. Die beiden Landstriche sind seit Wochen „No-go-Areas“, nicht zugängliche Gebiete. Die Taliban besetzten dort etliche Checkpoints, mit harschen Drohungen gegen Lehrer und Eltern erzwangen sie Schulschließungen, und sie bedrohten jeden Einwohner, der über die Wahl auch nur öffentlich sprach.

Wie brüchig die Ergebnisse solcher Operationen sind, bekam die Bundeswehr vergangene Woche schnell wieder zu spüren. Als eine Patrouille am Freitagmorgen aus der Polizeiwache in der vermeintlich befriedeten Stadt Chahar Darreh aufbrechen wollte, wurde sie sofort beschossen.

Für die Deutschen war der Angriff augenfälliger Beweis, dass die Operation rund um Kunduz noch lange nicht abgeschlossen ist; vielmehr erscheint sie als Beginn eines langen Weges. Denn auf die Präsidentenwahl folgen Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Deshalb glaubt im deutschen Feldlager kaum jemand, dass die eigens zur Absicherung der Wahl entsandten 600 Soldaten im Spätherbst wieder nach Hause dürfen.

Matthias Gebauer, Alexander Szandar

politisch“ begründet werden. Gelingen will das heute niemandem so recht.

Außer der Union haben inzwischen alle deutschen Parteien die Konsequenzen aus der neuen Lage gezogen. Die Sozialdemokraten beschlossen, auf zwangsweise Einberufungen nur noch dann zurückzugreifen, wenn sich bei der Musterung nicht genügend Freiwillige zu den Streitkräften melden sollten. „Ich bin zuversichtlich, dass der schleichende Tod der Wehrpflicht nun bald zu Ende geht“, sagt Linken-Sprecher Björn Böhning.

Die Grünen fordern seit je die Abschaffung. „Wir müssen heute feststellen“, sagt Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin, „dass die 250 000 Mann starke Bundeswehr schon überfordert ist, wenn sie 10 000 Soldaten in den Auslandseinsatz schicken muss.“ Für die internationalen Aufträge müsse die Bundeswehr verkleinert und professionalisiert werden.

Im Wahlprogramm der Liberalen heißt es, die Wehrpflicht sei „nicht mehr zu begründen“, ihre „Ausgestaltung“ sei „für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv“.

Die Spitzen der Union spüren, dass es schwerer wird, die alte Position zu halten. Deshalb versuchen Merkel und Jung in diesen Tagen alles, um das Ansehen der Wehrpflicht zu retten. Das Gelöbnis vor dem Reichstag, sagte Jung, sei eine „Bezeugung der besonderen Verbindung zur Gesellschaft und zur Demokratie“.

Das Argument, wonach nur Wehrpflichtige die Armee in der Mitte der Gesellschaft halten, lassen andere nicht gelten. FDP-Wehrexperte Rainer Stinner sieht darin eine „Beleidigung“ für Zeit- und Berufssoldaten. Deren demokratische Gesinnung stehe „außer Zweifel“.

Als Grund für den Erhalt der Wehrpflicht wird zudem gern auf den Zivildienst verwiesen, ohne den das deutsche Pflegesystem angeblich zusammenbrechen würde. Doch das Argument ist vorgeschoben. Die sozialen Dienste haben sich längst auf eine Zeit ohne Zivis vorbereitet, denn die Zahl der Ersatzdienstleistenden schrumpft beständig.

Seit 1990 wurde die Dauer des Zivildienstes von 20 auf 9 Monate verkürzt. Gleichzeitig ging in den vergangenen Jahren die Zahl der Zivildienstleistenden stark zurück. Langfristig setzen die Verbände auch beim Ersatzdienst auf Freiwilligkeit: das freiwillige soziale Jahr. Im Übrigen könnten neue reguläre Jobs entstehen.

Ein anderes Argument, mit dem Jung für die Wehrpflicht kämpft, ist der Hinweis, dass es nur ihretwegen möglich sei, genug Zeit- und Berufssoldaten zu werben.

Tatsächlich werden rund 40 Prozent dieser Soldaten aus dem Reservoir der Rekruten gefischt. Um ebendiesen Vorteil würden Nato-Kollegen ihn tatsächlich beneiden, sagt Jung, „in Gesprächen unter vier Augen“. Briten und Amerikaner etwa

JOHANNES EISELE / DPA

Wehrpflichtgegner Westerwelle in Kunduz: *„Eine Sache von gestern“*

„Überflüssig und ungerecht“

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle über die Aussetzung der Wehrpflicht und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

SPIEGEL: Herr Westerwelle, haben Sie gedient?

Westerwelle: Nein, 1979 wurden gleichgeschlechtlich orientierte Männer ausgemustert. So war das damals.

SPIEGEL: Ihre Partei fordert die Aussetzung der Wehrpflicht. Warum?

Westerwelle: Derzeit werden nur rund 15 Prozent der Männer eines Jahrgangs eingezogen, während viele andere an ihrer Karriere arbeiten können. Da ist es ein Akt der Gerechtigkeit, auf eine Freiwilligenarmee umzustellen. Ich bekomme Briefe von jungen Männern, die mitten in der Wirtschaftskrise eine Festanstellung mit unbefristetem Arbeitsvertrag sausen lassen müssen, weil ihnen plötzlich die Einberufung zum Wehrdienst einen Strich durch die Rechnung macht.

SPIEGEL: Die Wehrpflicht galt immer als wichtige Klammer zwischen Gesellschaft und Armee. Haben Sie keine Angst vor dem Staat im Staate?

Westerwelle: Die Bundeswehr ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Außerdem wollen wir keine Berufsarmee einführen, sondern eine Freiwilligenarmee, in der sich Soldaten auch für kurze Zeit verpflichten können. Damit bliebe ein reger Austausch zwischen Gesellschaft und Bundeswehr erhalten.

SPIEGEL: Befürchten Sie nicht, dass nur noch die Rechten und die Doofen zur Bundeswehr gehen?

Westerwelle: Andere Länder schaffen es doch auch, die Qualität ihrer Armee zu halten. Von 27 EU-Partnern haben gerade mal noch sieben eine Wehrpflichtigenarmee.

SPIEGEL: Was wird aus dem Zivildienst?

Westerwelle: Wenn der Wehrersatzdienst als Argument für die Wehrpflicht herhalten muss, ist deren Verfassungswidrigkeit doch offenkundig. Wir müssen das freiwillige soziale Jahr fördern und die ordentlichen Beschäftigungsverhältnisse ausbauen.

SPIEGEL: Verteidigungsminister Franz Josef Jung zeigt sich optimistisch, dass die Wehrpflicht auch in einer Koalition mit der FDP erhalten bleibt. Werden Sie umfallen?

Westerwelle: Wir finden die Wehrpflicht überflüssig und ungerecht und wollen sie aussetzen. So werden wir es auch in den Koalitionsverhandlungen vertreten. Die Jüngeren in CDU und CSU sind da übrigens ganz unserer Meinung.

SPIEGEL: Die nicht mehr ganz so junge Bundeskanzlerin hat die Wehrpflicht gerade als „Markenzeichen“ gepriesen.

Westerwelle: Die Wehrpflicht hatte ihre Verdienste. Heute ist sie eine Sache von gestern. Mit den Auslandseinsätzen hat die Bundeswehr neue Aufgaben übernommen.

SPIEGEL: Verfolgt die Bundesregierung in Afghanistan die richtige Strategie?

Westerwelle: Die Bundeswehr verteidigt in Afghanistan die Sicherheit Deutschlands. Wenn wir dort allerdings je wieder rauskommen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Afghanen sich mit einer eigenen Armee und eigenen Polizisten schützen können. Das wird leider noch eine Weile dauern, auch weil die Bundesregierung bei der Ausbildung der afghanischen Polizei zu lange ihren Zusagen nicht nachgekommen ist.

SPIEGEL: Wann würde ein Außenminister Westerwelle die Soldaten aus Afghanistan abziehen?

Westerwelle: Wenn wir sicher sein können, dass Kabul anschließend nicht wieder die Hauptstadt der Terroristen in der Welt wird.

Interview: Ulrike Demmer

werben inzwischen sogar ehemalige Sträflinge an.

Doch dieser Vorteil bei der Rekrutierung kann das größte Problem der Wehrpflicht nicht wirklich überwiegen: die Gerechtigkeitslücke. Man muss nur den Jahrgang 1984 unter die Lupe nehmen: Von den rund 435 000 jungen Männern leisteten rund 82 000 Dienst in der Armee, eine Quote von 19 Prozent. Rund 21 Prozent traten als Kriegsdienstverweigerer zum zivilen Ersatzdienst an. Knapp 30 Prozent wurden anhand strenger Musterungskriterien für untauglich befunden, für den Rest galten andere Ausnahmen, etwa eine Verpflichtung beim Technischen Hilfswerk oder bei der Polizei (siehe Grafik Seite 21).

Minister Jung versucht sich an eigenen Rechnungen. Nach Abzug all derer, die untauglich oder anderweitig vom Wehrdienst ausgenommen seien, würden immerhin rund 80 Prozent der verfügbaren Männer zur Bundeswehr oder zum Ersatzdienst eingezogen. Das entspreche auch den Vorstellungen des Bundesverfassungsgerichts von „Dienstgerechtigkeit“.

Beide Rechnungen stimmen. Dennoch beklagen Verwaltungsrichter die Zustände als ungerecht. Und selbst in der Union wollen längst nicht mehr alle den Argumenten und Rechenkünsten ihrer Führung folgen.

„Ich kann meinem jüngeren Bruder nicht erklären, warum er zur Bundeswehr musste und seine Fußballkumpel nicht“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn, 29. Fehlende Wehrgerechtigkeit drohe die Akzeptanz der Wehrpflicht zu untergraben.

„Wenn nur noch ein kleiner Teil der jungen Männer eingezogen werden kann, können wir die Wehrpflicht auch gleich ganz abschaffen“, sagt der Chef der Jungen Union Bayern, Stefan Müller.

Während ihnen ringsum die Verbündeten verlorengehen, richten die Kanzlerin und ihr Verteidigungsminister ihre größten Hoffnungen ausgerechnet auf jenen Mann, der gerade am lautesten nach Aussetzung der Wehrpflicht ruft. Trotz seiner großen Ankündigungen werde Westerwelle schon noch einknicken, glaubt man in der CDU. „Das wäre bei denen ja nicht das erste Mal“, heißt es aus der Parteiführung.

Angeblich gibt es schon jetzt erste Signale. Führende hessische Verteidigungspolitiker wollen aus der FDP-Führung eine deutliche Ansage erhalten haben, dass die Wehrpflicht am Ende „kein Koalitionsproblem“ werde – egal was im Parteiprogramm stehe, egal was Westerwelle bis dahin noch an markigen Parolen ausgebe.

Bei einer schwarz-gelben Koalition, verkündete Jung vorige Woche in seiner Bilanzpressekonferenz, sei er „ganz hoffnungsvoll, dass wir die Wehrpflicht behalten können“.

Ulrike Demmer, Markus Feldenkirchen, Alexander Szandar